

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/6

Bonn, den 9. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Bildungswesen im Vordergrund</u> Sozialdemokratie wieder als Schrittmacher	29
2	<u>Trüber Ausblick</u> Falsche Mittel - Zu den Vorfällen in der Frankfurter und Berliner Universität	39
3	<u>Dem Ende nahe</u> Zerfall der Gesamtdeutschen Partei	31
4 - 5	<u>Ein großes moralisches Kapital -</u> Alexander von Humboldt legte die Grundlagen Deutschlands geschichtliche und aktuelle Bindungen zu Südamerika	74

Bildungswesen im Vordergrund

Sozialdemokratie wieder als Schrittmacher

sp - Nach langen und gewissenhaften Vorarbeiten hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jetzt ihr "Modell für ein demokratisches Bildungswesen" veröffentlicht. Dieses "Modell" ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von hochqualifizierten Experten des Bildungswesens, deren meist langjährige praktische Erfahrungen in die jetzt vorliegenden Vorschläge eingebracht werden konnten.

Die CDU wird Ende dieses Monats mit einer "Kulturpolitischen Plattform" vor die Öffentlichkeit treten. Auch die Christdemokraten wollen darlegen, welche bildungspolitischen Vorstellungen sie für die nächsten Jahre haben. Wie verlautet, gedenken ebenfalls die FDP und die bayerische Schwesterpartei der CDU, die CSU, eigene Gedanken zur Bildungspolitik zu entwickeln.

Es wäre gut, wenn alle diese Pläne in sachlicher Form und ohne den Blick auf Wahlen diskutiert werden könnten. Das Bildungswesen in der Bundesrepublik bedarf neuer Impulse und langfristiger Planungen, um möglichst schnell den Anschluß an den Stand des Bildungswesens in anderen demokratischen Ländern finden zu können. Die besten Köpfe aller Parteien und gesellschaftlichen Gruppen unseres Volkes werden sich also bemühen müssen, einen gemeinsamen Nenner für die von niemandem mehr zu bestreitende Notwendigkeit einer Neuorientierung unseres Bildungswesens zu erreichen. Das Ziel ist ein modernes Schul- und Bildungswesen, das den Anforderungen der letzten Jahre des 20. Jahrhunderts gerecht werden kann.

In der Sozialdemokratischen Partei hegt man die Hoffnung, daß der föderative Aufbau unseres Bundesstaates nicht zum Hemmnis für die Realisierung der großen Bildungsaufgaben unseres Volkes wird, denn inzwischen ist wohl jedem denkenden Bürger unseres Staates klar geworden, daß die Schul- und Bildungspolitik in der Bundesrepublik aus dem Stadium unverbindlicher Diskussionen herausgeführt werden muß.

+ + +

Trüber Ausblick

Falsche Mittel - Zu den Vorfällen in der Frankfurter und Berliner Universität

sp - Sollten sich die bedrückenden Vorfälle, die sich dieser Tage in der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe und in der Berliner Freien Universität abspielten, wiederholen und in anderen Hochschulen Nachahmung finden, dann kann man nur mit Beklemmung und Besorgnis der Zukunft entgegensehen. In Frankfurt wurde der Kultusminister unter widerwärtigen Begleitumständen am Sprecher behindert und tätlich angegriffen, in Berlin besetzten Studenten die Bibliothek des Germanischen Seminars an der Freien Universität als Antwort auf gegen 14 Studenten eingeleitete Hausordnungsverfahren. Gewiß handelt es sich in Berlin wie auch in Frankfurt um studentische Minderheiten. Die Rechte, die sie sich anmaßen, überschreiten jedoch alle Grenzen. Sie suchen nicht nach Diskussion, sie huldigen dem Terror und machen es der großen Mehrheit ihrer Kommilitonen fast unmöglich, ein geregeltes Studium zu absolvieren.

Gewiß, auch an unseren Hochschulen und Universitäten liegt vieles im argen. Die Notwendigkeit gründlicher Reformen und einer Umgestaltung überlebter Universitätsverfassungen in Richtung zur Demokratie und einer aktiven Mitbestimmung von Studenten und wissenschaftlichen Assistenten hin wurde zwar schon seit langem erkannt, doch sind nur wenige Fortschritte zu verzeichnen. Reaktionäre und fortschrittliche Auffassungen liegen miteinander im Widerstreit. Doch die extrem-radikalen studentischen Minderheiten erweisen sich und der Sache einer Universitätsreform keinen guten Dienst, wenn sie so weitermachen und sogar die Stilllegung des Universitätsbetriebes erzwingen. Sie beschwören die Gefahr herauf, daß die Ansätze einer Reform vernichtet und die beharrenden Kräfte wieder verstärkt werden. Wollen das diese Studenten, denen morgen Führungspositionen in Staat und Gesellschaft zukommen?

Leider verstärkt sich zunehmend der Eindruck, daß es diesen Jungen, sich als Revolutionäre dünkenden Studenten um ganz andere Dinge geht, als um die Modernisierung unserer Hochschulen und Universitäten. Sie träumen von einer radikalen Umgestaltung der Gesellschaft - und dies nicht nur unter demokratischem Vorzeichen. Im Verfolg dieses Zieles werden sie auf den härtesten Widerstand aller Demokraten stoßen. Der demokratische Staat Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aus Schutt und Trümmern aufgebaut, um ihn von einer terroristischen Minderheit wieder zerstören zu lassen.

+ + +

Dem Ende nahe

Zerfall der Gesamtdeutschen Partei

sp - Nunmehr hat der innerparteiliche Auflösungsprozeß der Partei Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, die sich später Gesamtdeutsche Partei nannte, in der Bundesrepublik eingesetzt. Die Partei hat lange Jahre hindurch vornehmlich in der Landespolitik maßgebend mitbestimmt. Auf die Dauer aber hat sie sich nicht halten können.

Noch 1960 war die Partei der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Landtagen zu Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern vertreten. Gegenwärtig sitzen ihre Abgeordneten in keinem der deutschen Landtage mehr. Selbst in ihren Gründungsgebieten Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein errangen sie bei den letzten Wahlen nicht die erforderlichen fünf Prozent. Dabei war der BHE nach 1950 in einigen Ländern bis zur zweitstärksten politischen Gruppe aufgestiegen.

Der jetzt begonnene Auflösungsprozeß wird von tragik-komischen Umständen begleitet. Auf einem ordentlichen Parteitag des Landesverbandes Schleswig-Holstein der GPD beschlossen die Delegierten, den Bundesvorstand ihrer Partei aufzufordern, sie im ganzen Bundesgebiet aufzulösen. Der Antrag wurde vom Kreisverband Lübeck eingebracht, der deutschen Großstadt mit den meisten Flüchtlingen und Vertriebenen. 45 von 63 Delegierte waren dafür.

Als es in Verfolg dieses Antrages darum ging, auch den Landesverband Schleswig-Holstein aufzulösen, wie es der Vorsitzende Dr. Herbert Beer beantragte, gab es jedoch nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Nur 35 waren dafür und 23 dagegen. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß sich in absehbarer Zeit auch der Bundesvorstand der GPD zum Auflösungsbeschluß durchringen wird.

Der alte Vorstand von Schleswig-Holstein ist vollständig zurückgetreten. Die Neuwahl einiger unbekannter Leute ist praktisch ohne Bedeutung. Dr. Beer meinte resigniert, die Hoffnung, daß "einer guten und gerechten Sache auch einmal politisch Fortuna hold sein muß, habe sich nicht erfüllt".

+ + +

Ein großes moralisches Kapital. -

Alexander von Humboldt legte die Grundlagen

Deutschlands geschichtliche und aktuelle Bindungen zu Südamerika

M.T. - Wem in Deutschland ist bekannt, daß ein deutscher Wissenschaftler den Anstoß gab zur Befreiung der lateinamerikanischen Völker vom spanischen Joch? - In Lateinamerika ist es unvergessen, daß der Deutsche Alexander von Humboldt dem jungen Simon Bolivar auf die günstige Situation - während Napoleon Spanien bedrängte - aufmerksam machte.

Alexander von Humboldt hatte von 1799-1804 Venezuela, das Orinoko-gebiet, Kolumbien, Ecuador, Mexiko und Kuba bereist und als Naturforscher und Geograph wissenschaftlich erforscht und zugleich die Grundlagen für die südamerikanischen wissenschaftlichen Forschungen geschaffen. Daß die lateinamerikanischen Völker dem deutschen Wissenschaftler bis auf den heutigen Tag dankbar sind, beweisen die Plätze, Avenidas, Parks und Schulen, die in fast jeder südamerikanischen Stadt den Namen Humboldts tragen.

Aber Alexander von Humboldt besaß nicht nur einen unbestechlichen Blick für die Bedingungen der südamerikanischen Natur, er verfügte über einen politischen Scharfblick, der hinter der glänzenden Fassade der lateinamerikanischen herrschenden Gesellschaft die wirtschaftliche Stagnation und ihre Folgen sah. Er erkannte, daß die Kolonialherrschaft der spanischen Krone, die jede selbständige Regung der lateinamerikanischen Völker mit drakonischen Maßnahmen unterdrückte, nur durch einen hartnäckigen Unabhängigkeitskampf beseitigt werden konnte. Ahrdete doch die spanische Krone jeden selbständigen Handel zwischen den Völkern Lateinamerikas mit der Todesstrafe.

Alexander von Humboldt war nicht der Mann, der seine Erkenntnisse für sich behielt. Als er nach seinen Reisen in Paris auf einen jungen wohlhabenden Südamerikaner namens Simon Bolivar traf, der das Leben eines reichen Müßiggängers führte, drang er in den jungen Mann, seine Intelligenz nicht brachliegen zu lassen und appellierte an sein Verantwortungsgefühl als Südamerikaner, um seinem Volk zur Freiheit zu verhelfen. So wurde dank Alexander von Humboldts tatkräftigem Zureden aus dem jungen Müßiggänger Simon Bolivar der Befreier Südamerikas vom spanischen Joch.

Nach mehr als zehnjährigen Kämpfen, in der deutsche Freiwillige eine hervorragende und aufopfernde Rolle spielten, ritten doch hannoveranische Bauern an der Spitze von Bolivars Befreiungsarmee über die schneebedeckten Kordillaren, errang Simon Bolivar die Unabhängigkeit für die Völker Südamerikas.

Die Folgen der Strangulation durch die spanische Kolonialherrschaft brachte sie trotz der politischen Unabhängigkeit in wirtschaftliche Abhängigkeit des mächtigsten Industriestaates seinerzeit - England. Das mächtige Empire erzwang sich durch seine alle Weltmeere beherrschende Seemacht wirtschaftliche Vorrechte in Südamerika, während Deutschland als verhandelnder Partner der südamerikanischen Staaten sein Ansehen nicht durch Zwänge und Bedrückung wahren konnte. Die Schulen der deutschen Handwerker und Kaufleute in Brasilien und Chile waren die ersten im Lande. Deutsche Wissenschaftler lehrten an südamerikanischen Universitäten Geologie, Topographie, Naturwissenschaften, Chemie und Soziologie.

Erst die Bombardements Madrids und Guernica durch deutsche Flieger 1936 führten zu einem Schock der vorwiegend aus Spanien gekommenen Südamerikaner und bereiteten Deutschland eine moralische Niederlage von unglaublichen Ausmaßen. Die faschistische Ideologie vom "deutschen Herrenvolk" war den lateinamerikanischen Völkern, die keine Rassenvorurteile kannten, unbegreiflich und unmenschlich. Doch die Lateinamerikaner, die nach der Zerstörung der spanischen Republik hunderttausende spanische Flüchtlinge aufnahmen, unterschieden zwischen antinazistischen und faschistischen Deutschen. Da es deutsche Freiwillige gewesen waren, die 1936 und 1937 Madrid vor dem Ansturm der marokkanischen Legionäre gerettet hatten, konnte das deutsche Volk nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sich auf das moralische Kapital, das deutsche Wissenschaftler und deutsche Freiwillige zusammengetragen hatten, stützen. Lateinamerika, das in der Dritten Welt mehr Einwohner zählt als Nordamerika, stellt aufgrund seiner nahen europäischen Kultur einen natürlichen Verbündeten aller Nationen dar, die keine Weltmachtansprüche vertreten.

An diese Bindung hat der Bundesaußenminister Willy Brandt während seiner Südamerikareise angekündigt, so daß die Keime, die Alexander von Humboldt einst in den südamerikanischen Boden legen konnte, für die Bundesrepublik Deutschland wieder Früchte tragen werden. Voraussetzung ist jedoch, daß die geschichtlichen Bindungen durch deutsche Kenner der südamerikanischen politischen Geschichte intensiver und umfassender als bisher gepflegt und gehegt werden.

+ + +